

**Präsentation für die Multiplikatorentagung zum neuen Schwerpunktthema  
„Wirtschaftliche Dynamik und Wirtschaftspolitik“ in der Kursstufe  
Gemeinschaftskunde**

	Seite
1. Die Herausforderung:	2
– ein komplettes Halbjahr als Schwerpunktthema	
– Kompetenzorientierung statt Vermittlungsdidaktik	
2. Lösungsansatz:	
– Bündelungsansatz	3
– Politikzyklus liefert Leitfragen (Dreischrittmodell)	4
– Politikbereiche im Überblick	5
– Varianten der Unterrichtsplanung (Überblick)	6
3. Bündelungsentwürfe mit Materialien	
– Schwerpunkt Beschäftigungspolitik (mit M 1 – 26)	7
– Geldpolitik (Überblick)	40
4. Literatur (Fachliteratur, Fachdidaktik, Schulbücher), Links	41

## **Zu 1: Die Herausforderung: Die Standards des Schwerpunktthemas**

### **2. WIRTSCHAFTLICHE DYNAMIK UND WIRTSCHAFTSPOLITIK**

#### ***2.1 Markt und Staat***

Die Schülerinnen und Schüler können

- 2.1.1 die Dynamik der Marktwirtschaft anhand einzelner Aspekte beschreiben;
- 2.1.2 ökologische und gesellschaftliche Folgeprobleme erläutern;
- 2.1.3 zu Grundpositionen in der Debatte über die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft Stellung nehmen.

#### ***2.2 Aufgaben der Stabilisierungspolitik***

Die Schülerinnen und Schüler können

- 2.2.1 Verlauf und aktuellen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung mithilfe ausgewählter Indikatoren darstellen;
- 2.2.2 daraus den aktuellen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf ableiten und erklären;
- 2.2.3 die Diskussion um die Erweiterung des wirtschaftspolitischen Zielkatalogs (Magisches Viereck) erläutern und dazu Stellung nehmen;
- 2.2.4 Aufgabenbereiche der Stabilisierungspolitik (Wachstumspolitik, Konjunkturpolitik, Strukturpolitik) unterscheiden;
- 2.2.5 Leistung und Reichweite der Instrumente der Wirtschaftspolitik analysieren und bewerten;
- 2.2.6 Zielvorgaben und Zielerfüllung in der Geld- und Fiskalpolitik darstellen.

#### ***2.3 Globalisierung und Strukturwandel***

Die Schülerinnen und Schüler können

- 2.3.1 anhand von Tabellen beziehungsweise Grafiken Entwicklungen der Weltwirtschaft darstellen;
- 2.3.2 in einem Überblick Dimensionen und Erscheinungsformen des Globalisierungsprozesses erläutern;
- 2.3.3 Erklärungsansätze für Globalisierung vergleichen und beurteilen;
- 2.3.4 die Chancen und Risiken einer zunehmenden Verflechtung und Interdependenz der Weltwirtschaft darstellen und erörtern;
- 2.3.5 Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und internationaler Politik erörtern und dabei die Rolle der Nationalstaaten beurteilen.

## **Zu 2: Der Bündelungsansatz**

Der Umfang der neuen Schwerpunktthemen lässt es wenig ratsam erscheinen, die Standards in der Reihenfolge zu behandeln, in der sie im Bildungsplan aufgeführt sind. Es besteht die Gefahr, dass große Stoffmengen unvermittelt nebeneinander stehen, die den Schülerinnen und Schülern das Verständnis erschweren, da sie „den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen“. Der Bündelungsansatz versucht daher, die Inhalte der Standards so zu gruppieren und zu verknüpfen, dass sie ein sinnvolles Ganzes ergeben und ein roter Faden entsteht.

Die Lehrperson tritt gewissermaßen ein paar Schritte zurück, um den Blick auf das Ganze zu erhalten. Das Wesentliche, das die Standards verbindet, tritt hervor, die Details treten weniger in Erscheinung. Beim Bündelungsansatz geht es mehr um den Gesamtzusammenhang als um die Vertiefung der Einzelstandards.

Es geht also um die Konstruktion eines roten Fadens. Die ZPG Gemeinschaftskunde hat sich am Politikzyklusmodell Andreas Petriks orientiert, das politische Entscheidungsprozesse in drei Analyseschritte gliedert. Petrik geht es dabei nicht nur um die Strukturierung der Inhalte, sondern auch um die Kompetenzentwicklung.

Am Beispiel der Beschäftigungspolitik demonstriere ich die Anwendung des Bündelungsansatzes. Am Anfang steht nun nicht mehr die Wirtschaftsordnung, sondern die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung und die Probleme, mit denen sich die Wirtschaftspolitik befassen muss. Die Wirtschaftsordnung wird in den Schritt 2 integriert, indem nach den Handlungsmöglichkeiten, -zwängen und -schränken gefragt wird, die durch die Politik gesetzt sind.

Die drei Analyseschritte sind durch Leitfragen gegliedert. Hier bestehen Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten zur didaktischen Reduktion.

Die Lehrperson muss prüfen, welche Standards sich durch eine solche Bündelung integrieren lassen und welche „leftovers“ noch zu bearbeiten sind (vgl. M 20).

## **Der Politikzyklus als 3-Schrittmodell (Schaubild)**

Quelle: Andreas Petrik (2010: 146). Siehe auch <http://didaktik.politik.uni-halle.de/>

Das Schaubild beschreibt den Politikzyklus im Dreischritt

1. Was ist?
2. Was ist möglich?
3. Was soll geschehen?

## Zu 2: Politikbereiche im Überblick (grau unterlegt: siehe Ausarbeitung unten)

Leitfrage/ Politikbereich	Beschäftigungspolitik	Wachstumspolitik	Geldpolitik	Strukturpolitik
Was ist? (Alle)	Finanzkrise, Bankenkrise, Staatsverschuldungskrise			
(Politikfelder; kurzfristig)	Tendenz: Zunahme der Arbeitslosigkeit, sektorale Unterschiede	Rezession in der Eurozone	Streit um Problemdefinition: Inflations- oder Deflationsgefahr? Inflation durch Staatsverschuldung?	Sektoraler Strukturwandel Globalisierung Internationale Arbeitsteilung
Was ist möglich? (Alle)	Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft Wie weit reicht der Einfluss des Nationalstaats? Kann man Akteure und Systeme steuern? (Themen übergreifende Fragestellung)			
(Politikfelder)	Ordnungspolitik oder Prozesspolitik? Kurzarbeit Beibehaltung des Niedriglohns-sektors/Hartz IV vs. gesetzlicher Mindestlohn	Ordnungspolitik (Angebotsorientierung) oder Prozesspolitik (Keynesianisch)?	EZB: Auftrag in Art. 282 AEUV; Instrumentarium der Liquiditäts- und Zinspolitik Aufkauf von Staatsschulden Fiskalpakt und Schuldenbremse zwingen zur Haushaltskonsolidierung.	Sektorale / regionale Strukturpolitik Träger: EU, Bund, Länder, Kommunen Subventionen: Konservierend, anpassungsorientiert, innovationsfördernd
Was soll geschehen?	Vorrang für Haushaltskonsolidierung oder Wachstum? Wirtschaftspolitik auf nationaler oder EU-Ebene? Gesetzlicher Mindestlohn für alle?*	Streit: Priorität der Haushaltskonsolidierung (BMWi) oder Wachstumsimpulse in der Eurozone (Bofinger)	Streit: EZB-Krisenmanagement in der Eurozone oder Rückkehr zur Geldpolitik?	Subventionen: ein süßes Gift?
Daten in: destatis.de sowie	MB (Monatsbericht) BMWi MB Bundesagentur für Arbeit	MB BMWi	MB BMF, MB Dt. Bundesbank, MB EZB	23. Subventionsbericht der Bundesregierung

## Zu 2: Varianten der Unterrichtsplanung

### Lehrgang; Marktordnung integriert in der Möglichkeitserörterung

----->	Beschäftigungs- politik Marktordnung integriert	Wachstumspolitik	Strukturpolitik	Geldpolitik
--------	--	------------------	-----------------	-------------

### Lehrgang; Marktordnung zur Vorentlastung vorangestellt<sup>1</sup>

Marktordnung <-----	Beschäftigungs- politik	Wachstumspolitik	Strukturpolitik	Geldpolitik
------------------------	----------------------------	------------------	-----------------	-------------

### Lehrgang mit Transfer-AA, ggf. auch LV; arbeitsteilige AA möglich

Lehrgang		AA 1	AA 2 (oder LV)	AA 3 (oder LV)
Was ist? SuS: Präkonzepte Finanzkrise Eurokrise Staatsschulden- krise	Beschäftigungs- politik Marktordnung integriert	Wachstumspolitik	Strukturpolitik	Geldpolitik

### Projektunterricht

Plenum	Plenum	Projektgruppen	Plenum	Ergänzungen, Vertiefung, Transfer
Was ist? SuS: Präkonzepte Diagnose/Option zur Vorentlastung:  Marktordnung Finanzkrise Bankenkrise Staatsschulden- krise	Planung	Beschäftigungs- politik	Präsentation	Anschlussprojekt Lehrgang mit L-/S- Beiträgen Expertengespräch
		Wachstumspolitik	Diskussion	
		Strukturpolitik	Evaluation	
		Geldpolitik	Anschlussfragen	

<sup>1</sup> Die Analyse der Marktordnung kann der Fallstudie auch vorangestellt werden. Damit ließe sich die Fallanalyse zur Beschäftigungspolitik dichter und fokussierter gestalten. Andererseits gehört die Vergewisserung der Handlungsmöglichkeiten, die durch die Wirtschaftsordnung gesetzt werden, zur Möglichkeitserörterung dazu.

**Zu 3: Bündelungsentwurf für die Themenbereiche  
2.1 (Markt und Staat) und 2.2 (Aufgaben der Stabilisierungspolitik)**

<b>Einstieg und Überblicksanalyse</b>		<b>Ziele</b>	<b>Aufgaben</b>	<b>Materialien</b>
<b>Schritt 1: Was ist?</b>		Die SuS können ...	Die SuS ...	
1.1	Präkonzepte der SuS: In welcher wirtschaftlichen Situation befinden wir uns?	... aktuelle wirtschaftliche Probleme nennen; ... Fragen und Hypothesen zur Analyse entwickeln;	... beantworten die Frage: „Am meisten Sorgen macht mir zur Zeit ...“	(Methode: z.B. Think – Pair – Share)
1.2	Auswertung des aktuellen Monatsberichts und/oder Vergleich der Monatsberichte des letzten Quartals (Trendanalyse)  Wie beschreibt und beurteilt das Bundeswirtschaftsministerium die wirtschaftliche Lage?	... die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen durch das BMWi darstellen;	... vergleichen die Monatsberichte und ermitteln die Entwicklungstrends in der Wirtschaft.	M 1a, M 2  M 1b
<b>Fallanalyse zur Beschäftigungspolitik</b>				
<b>Schritt 1: Was ist?</b>				
1.3	Was sind die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen bzw. für die Gesellschaft insgesamt?	... das Problem der Arbeitslosigkeit aus der Perspektive der Betroffenen und der Allgemeinheit beurteilen. ... den politischen Handlungsbedarf begründen oder verneinen.	... analysieren Berichte über die von Arbeitslosigkeit Betroffenen. ... analysieren die Folgekosten der Arbeitslosigkeit für die Allgemeinheit.	M 3 a-c, M 4
1.4	Überprüfung der Darstellung und Bewertung des BMWi: Strukturierte Datenanalyse zum Zielbereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung	... Bestands- und Stromgrößen des Arbeitsmarkts unterscheiden und mit Daten belegen.	... analysieren mit Hilfe eines Modells die Bestands- und Stromgrößen des Arbeitsmarkts.	M 5 – M 8b
1.5	Beurteilung der aktuellen Situation	... die Auswirkung aktueller	... prüfen die Auswirkungen der	M 9 - 12

	(Kontroversen, Urteilsbildung)	konjunktureller Einflüsse auf die Beschäftigung beurteilen. ... die Wirkung und die Legitimation der Hartz IV-Reformen beurteilen.	Konjunktur und der Hartz IV-Reformen auf die Stromgrößen des Arbeitsmarkts.	
<b>Schritt 2: Was ist möglich?</b>				
2.1	Präkonzepte der SuS: Soll der Staat eingreifen? Und wenn ja – wie?	(Lernstandsdiagnose zur Anpassung und ggf. Differenzierung des Lernangebots)	... begründen ihre Erwartungen gegenüber der Beschäftigungspolitik.	(Methode: Positionsspiel, Streitlinie)
2.2	Worin besteht die Aufgabe des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft?	... das Spannungsverhältnis zwischen den Prinzipien der Freiheit und der sozialen Sicherheit bzw. Gerechtigkeit in der Sozialen Marktwirtschaft darstellen und zeigen, inwieweit das GG ein bestimmte Wirtschaftsordnung verlangt oder ausschließt.  ... zeigen, dass die Beschäftigungspolitik eine Form der Prozesspolitik ist.	... arbeiten heraus, worin die Aufgaben des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft bestehen.	M 13; Schulbuch, z.B. Bauer 2008: 11, 24, 27 f.
	Welche Grenzen setzt die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft dem Eingreifen des Staates?	... begründen, dass die staatliche Steuerung unternehmerischer Entscheidungen auf der Zugangsseite der Arbeitslosigkeit Art. 2 I und 14 I GG verletzen würden. Daher setzt die Beschäftigungspolitik vorrangig an der Abgangsseite der Arbeitslosigkeit an (Ausnahme: Kurzarbeit).	... prüfen, inwieweit der Staat die Zugangs- bzw. Abgangsseite der Arbeitslosigkeit beeinflussen oder steuern kann.	M 5; Schulbuch, z.B. Bauer 2011: 44 f., 49 f.
2.3	(Wie) kann der Staat eingreifen?  Die Kontroverse zwischen Ordnungs- und Prozesspolitik (Angebotsorientierung vs. Keynesianismus)  Wie weit reicht der Einfluss des Nationalstaats in der global vernetzten Wirtschaft?		... ermitteln ihre wirtschaftspolitische Position mit Hilfe des Entscheidungsbaums;  ... prüfen an Hand der Zusammensetzung der	M 14 – 16  Vgl. z.B M 7, in: Bauer 2008: 84.



			gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die Chancen einer auf die Volkswirtschaft ausgerichteten Nachfragesteuerung bzw. Angebotspolitik.	
<b>Schritt 3: Was soll geschehen? (Entscheidung)</b>				
3.1	Urteilsbildung der SuS: <ul style="list-style-type: none"> <li>– Prozesspolitik oder Ordnungspolitik?</li> <li>– Ansatz auf nationaler und/oder europäischer Ebene?</li> <li>– Wirtschaftswachstum in der Eurozone durch Schuldenerlass oder Haushaltskonsolidierung?</li> </ul>	... die Grundpositionen in der Beschäftigungs- und Wachstumspolitik beurteilen.	... arbeiten die Argumente im Streit um die angemessene Wachstums- und Beschäftigungspolitik heraus.	M 17a – 17d
3.2	Konfrontation, Vergleich und Beurteilung: Was unternimmt die Bundesregierung? Was fordern ihre Kritiker?			
<b>4. Verallgemeinerung: Lassen sich Akteure und Systeme steuern? Soll das „Magische Viereck“ um weitere Ziele erweitert werden?</b>				
4.1	Urteilsbildung (Reflexion): Wo liegen die Grenzen der Politik: Lassen sich Akteure und Systeme in modernen Gesellschaften steuern?	... die Kluft zwischen Steuerungserfordernissen und begrenzter Steuerbarkeit der Marktwirtschaft im Bereich der Beschäftigungspolitik darstellen und beurteilen.	... beschreiben am Beispiel der Beschäftigungspolitik Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Einflussnahme auf das gesellschaftliche Subsystem der Marktwirtschaft.	M 18, M 19
4.2	Welche Ziele soll die Wirtschaftspolitik verfolgen?  Ist das „Magische Viereck“ im StWG noch zeitgemäß? (z.B. Kritik des Wachstumsziels, Erweiterung um das Ziel der Nachhaltigkeit oder Verteilungsgerechtigkeit)	... die Angemessenheit der Erweiterung des Zielkatalogs in § 1 StWG beurteilen.	... analysieren die Beziehungen zwischen den Zielen im sog. Magischen Viereck bzw. Sechseck.	Bauer 2011: 118, 130 ff.

## Materialverzeichnis; Zuordnung zur Powerpoint-Präsentation

*Hinweis: Nicht für alle hier aufgeführten Materialien konnten die Rechte zur online-Präsentation eingeholt werden. Platzhalter verweisen auf die Originalquellen.*

M Nr.	Titel	Ppt-Präs.; Folien
M 1a	Was ist? – Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Entwicklung: „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ Teil II 08 – 11/2012 im Vergleich	Nr. 3.1 Folien Nr. 16 – 19
M 1b	Die Herbstprojektion der Bundesregierung	
M 2a	Übersicht: Die Aufgabenbereiche der Wirtschaftspolitik	
M 2b	Übersicht: Die Aufgabenbereiche der Wirtschaftspolitik; erwartete Lösung zum Schritt 1	
M 3a	Das Schicksal arbeitslos zu sein	Nr. 3.2 Folie Nr.20
M 3b	Arme sterben früher	
M 3c	Psychische Folgen der Arbeitslosigkeit	
M 4	Die Kosten der Arbeitslosigkeit (2011)	
M 5	Gerhard Willke: Ein Modell des Arbeitsmarkts	Nr. 3.3 Folie Nr. 21
M 6	Bestandsgrößen und Stromgrößen der Arbeitslosigkeit (Juli – September 2012)	
M 7	Eckwerte des Arbeitsmarkts (Bestandsgrößen; Oktober 2012)	
M 8a	Zugang in Arbeitslosigkeit (Stromgrößen; Oktober 2012)	
M 8b	Abgang aus Arbeitslosigkeit (Stromgrößen – Oktober 2012)	
M 9	Der wirtschaftspolitische Handlungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft	Nr. 3.4
M 10	Karikatur: „Wir sparen ein ...“	
M 11	Analyse: Die Zugangsseite der Arbeitslosigkeit	
M 12	Analyse: Die Abgangsseite der Arbeitslosigkeit	
M 13	Entscheidungsbaum: Kann die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen?	Nr. 3.5 Folie Nr..20
M 14	Entscheidungsbaum: Was kann/soll die Wirtschaftspolitik gegen die Arbeitslosigkeit tun?	
M 15	Reales Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosigkeit im Vergleich (2007 – 2012)	
M 16	Die Struktur des deutschen Außenhandels (Januar – Juli 2012)	
M 17	Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage	
M 18	Sachverständigenrat: Bestimmungsgründe der robusten Beschäftigungsdynamik	
M 19	Bundeskanzler Gerhard Schröder: Rede vor dem World Economic Forum in Davos, 28.01.2005	
M 20	Angela Merkel: Vorrang für den Abbau der Staatsverschuldung und Strukturreformen	Nr. 3.6 Folien Nr..25 f.
M 21	BMWi: Fiskaldisziplin stärkt das Wirtschaftswachstum	

M 22	Peter Bofinger: Die Überwindung des „infernalen Dreiecks“	
M 23	Peter Bofinger: „Die makroökonomische Krise oder: Brüning lässt grüßen“	
M 24	Karikatur: An den Hebeln der Macht (Thomas Platzmann)	Nr. 4 Folien Nr. 23 – 26
M 25	Lassen sich Systeme und Akteure in modernen Gesellschaften steuern?	
M 26	Zwischenbilanz: Was leistet der Bündelungsansatz?	Nr. 5 Folien Nr.27 f.

**M 1a Was ist? – Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Entwicklung:  
„Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ Teil II 08 – 11/2012 im Vergleich**

Wirtschaftliche Entwicklung	<b>„Schlaglichter“ 08/2012</b>	<b>„Schlaglichter“ 11/2012</b> <i>kursiv: gleichlautend bereits 09/2012</i>
<b>International</b>		
Weltwirtschaft	Erholung setzt sich bei erhöhten Risiken etwas gedämpfter fort. Regional weiterhin sehr ungleichmäßige Entwicklungen.	Die Entwicklung der Weltwirtschaft bleibt gedämpft.
USA	Zögerliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung.	Wirtschaftliche Erholung mit Rückschlägen.
Japan	Wirtschaftliche Erholung mit einzelnen Vorbehalten.	Schwache Entwicklung nach dem Wiederaufbau.
Euroraum	Rezessive Tendenzen	Rezessive Tendenzen setzen sich fort.
<b>Deutschland</b>		
1. Gesamtwirtschaft	Die deutsche Wirtschaft bislang stabil. Weitere Perspektiven durch gestiegene externe Risiken belastet.	Die deutsche Wirtschaft erweist sich als widerstandsfähig.  Erhebliche konjunkturelle Risiken bleiben bestehen.
2. Produzieren- des Gewerbe	Produktion in der Industrie und im Bau erholt sich im Mai und notiert über dem Stand im ersten Quartal.  Angesichts solider Auftragslage sind die Aussichten für eine stabile Entwicklung im zweiten Quartal gestiegen.  Schwache Stimmungsindikatoren signalisieren erhöhte Risiken.	Die Produktion in der Industrie liegt über dem Niveau des zweiten Quartals.  Die Auftragseingänge in der Industrie entwickeln sich schwach, insbesondere die Aufträge aus dem Inland.  Das Bauhauptgewerbe hält sein Niveau vom Vorjahr.  Die Stimmungsindikatoren zeigten sich im September uneinheitlich.
3. Privater Konsum	Privater Konsum profitiert von günstigen Rahmenbedingungen.  Trotz nachlassender Dynamik auf dem Arbeitsmarkt bleibt der Konsum zentrale Stütze für die Konjunktur.	Konsumdynamik lässt derzeit etwas nach, stützt aber weiterhin die Binnen- nachfrage.  <i>Der private Konsum profitiert nach wie vor von günstigen Rahmenbedingungen.</i>
4. Außenwirtschaft	Aus- und Einfuhren an Waren legten im Mai kräftig zu, Exporttrend derzeit klar aufwärts gerichtet.  Die Perspektiven des deutschen Außenhandels etwas eingetrübt.	Die Warenausfuhren haben im August merklich zugelegt, die Perspektiven bleiben aber verhalten.
5. Arbeitsmarkt	Positiven Grundtendenzen trotz erhöhter konjunktureller Risiken weiter intakt.  Beschäftigungsaufbau bislang nahezu ungebrochen. Schwächere Entwicklung bei Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftenachfrage.	Der Arbeitsmarkt steht zunehmend unter dem Einfluss der schwächeren Konjunktur.  Der Beschäftigungsaufbau wurde vorerst gestoppt und die Arbeitslosigkeit nimmt weiterhin leicht zu.
6. Preise	Rohölpreis mit Beginn der Hurrikansaison wieder etwas erhöht.	Der Preisdruck in der Industrie ver-

	Weltweite Konjunkturabkühlung spricht für ruhige Preisentwicklung in den kommenden Monaten.	stärkt sich etwas. Die Verbraucherpreise entwickeln sich unverändert moderat.  Anzeichen für einen beschleunigten Preisauftrieb sind trotz expansiver Geldpolitik derzeit nicht erkennbar.
7. Monetäre Entwicklung	Finanzmärkte weiterhin unter dem Eindruck der Banken- und Schuldenkrise in der Eurozone.  Deutsche Banken behalten günstige Kreditvergabe trotz höherer Kernkapitalquoten bei.	Große Unsicherheiten bestimmen nach wie vor die Lage an den Finanz- und Kapitalmärkten.  Die Finanzierungsbedingungen der deutschen Unternehmen sind davon bislang nicht betroffen.

## M 1b Die Herbstprojektion der Bundesregierung

In: BMWi: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsbericht 11-2012, S. 9 – 12.

### Aufgaben

1. Vergleichen Sie die Aussagen des BMWi in „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ und stellen Sie den Trend, der sich daraus ergibt, in M2 stichwortartig und grafisch durch Pfeile dar:

Vgl. die  
Demonstration zum  
Eintrag „Euroraum“

Konstant, unverändert	→
Verschlechterung, Abwärtstrend	↘
Verbesserung, Aufwärtstrend	↗

2. Überprüfen Sie die Trendaussagen des BMWi an Hand der Daten zur aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung.

## M 2a Übersicht: Die Aufgabenbereiche der Wirtschaftspolitik

1. Was ist?		2. Was ist möglich?		3. Was soll geschehen?	
Wirtsch. Entwicklung (Tendenz 09-11/2012)	Tendenz	Ansätze der Wirtschaftspolitik		Ziele der Wirtschaftspolitik	
		Keynesianisch	Angebotsorientiert	Unsere Zielbestimmung	Bundesregierung, EZB
Euroraum: Rezessive Tendenzen					
Deutschland					
1. Gesamtwirtschaft					
2. Produzierendes Gewerbe					
3. Privater Konsum (Binnennachfrage)					
4. Außenwirtschaft					
5. Arbeitsmarkt					
6. Preise					

7. Monetäre Entwicklung							
-------------------------	--	--	--	--	--	--	--

## M 2b Übersicht: Die Aufgabenbereiche der Wirtschaftspolitik; erwartete Lösung zum Schritt 1

1. Was ist?		2. Was ist möglich?		3. Was soll geschehen?	
Wirtsch. Entwicklung (Tendenz 09-11/2012)		Ansätze, Spielräume und Handlungsschranken		Ziele der Wirtschaftspolitik	
		Keynesianisch	Angebotsorientiert	Unsere Zielbestimmung	Bundesregierung, EZB
Euroraum: Rezessive Tendenzen	↓				
Deutschland					
1. Gesamtwirtschaft	→				
2. Produzierendes Gewerbe					
3. Privater Konsum (Binnennachfrage)		Vergl. Schwerpunktanalyse (s.u.)			
4. Außenwirtschaft					
5. Arbeitsmarkt Schwache Konjunktur: erste Auswirkungen. AL steigt leicht.	↘				
6. Preise Keine Anzeichen einer verstärkten Inflation.					
7. Monetäre Entwicklung					



### M 3 Auswirkungen der Arbeitslosigkeit

#### M 3a Das Schicksal arbeitslos zu sein

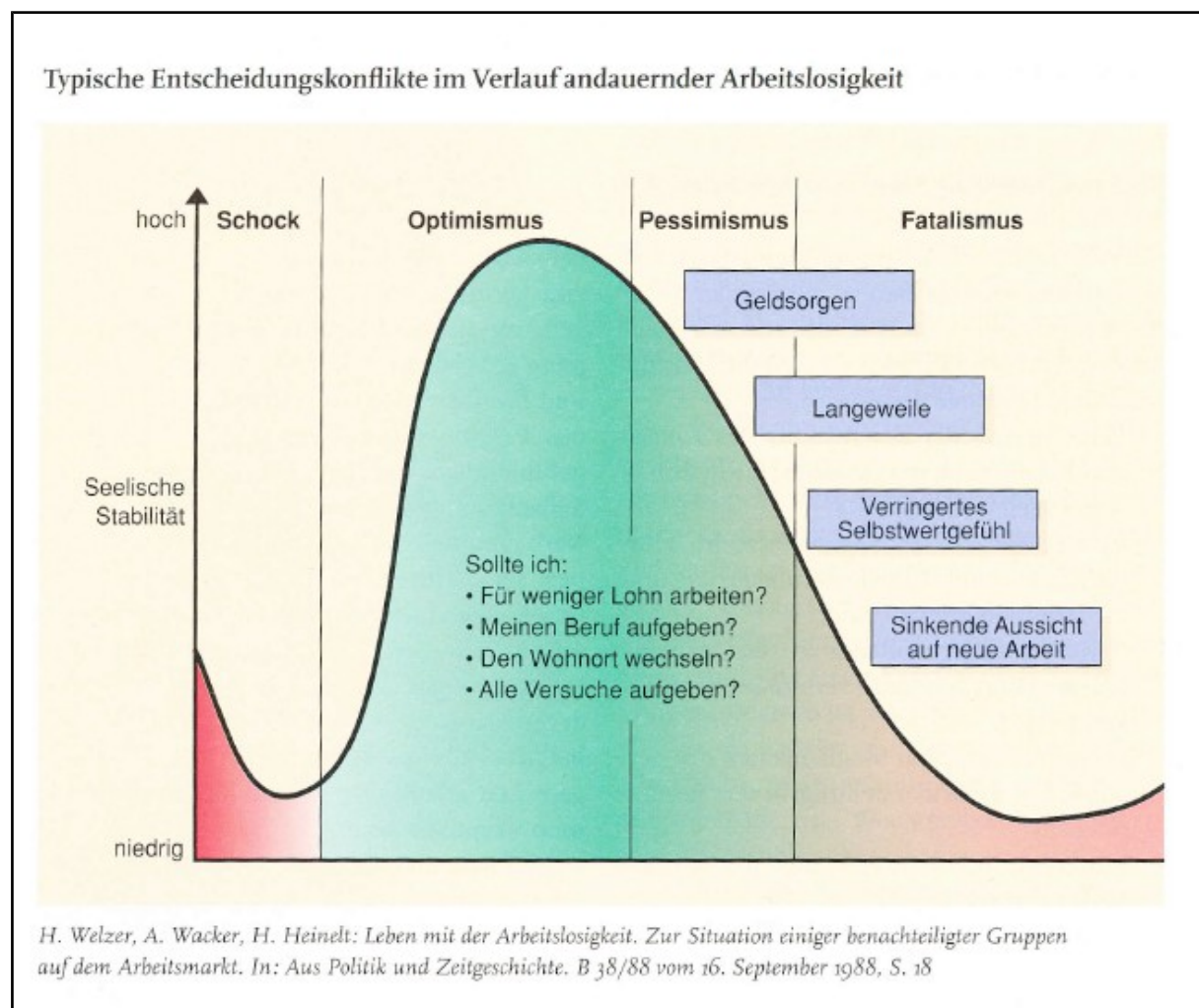
*In Ihrem Text beschreibt die Autorin ausführlich ihre Erfahrungen mit den Job-Centern, deren Behandlung sie als willkürlich und entwürdigend empfindet.*

Quelle: Ein Leserbrief von T. Wagner, 31.01.2011; zugänglich unter <http://www.gegen-hartz.de>.

#### M 3b Arme sterben früher (Auszug)

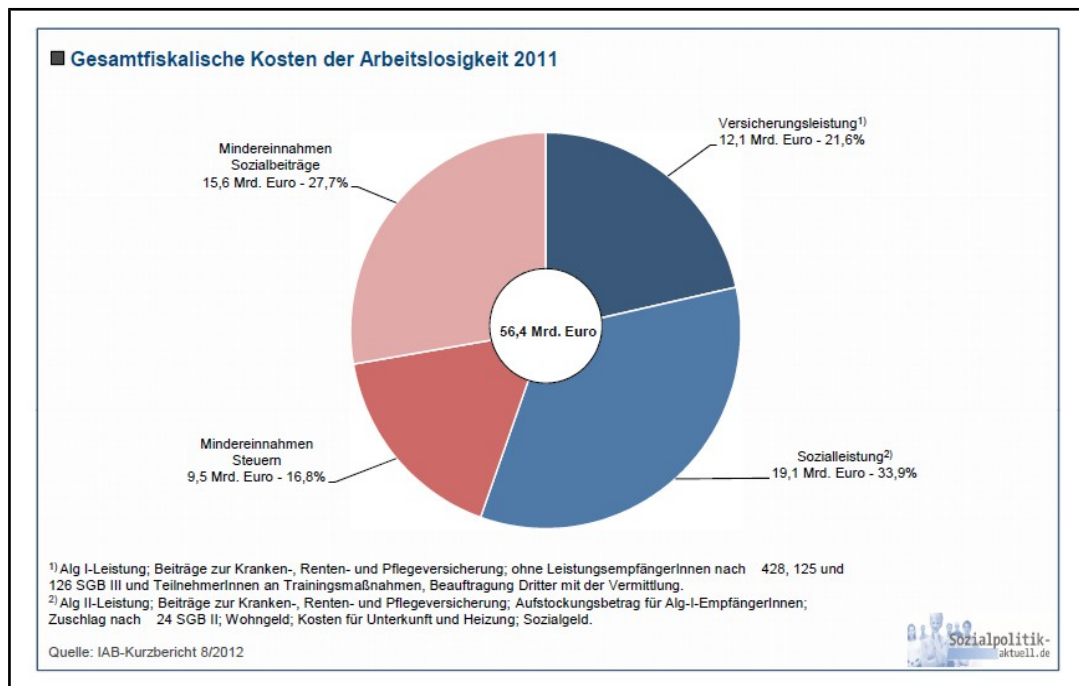
Dorit Korwitz, Arme sterben früher, in: Zeit-Online 12.07.2012

#### M 3c Psychische Folgen der Arbeitslosigkeit



Quelle: Willke (2003: 42),

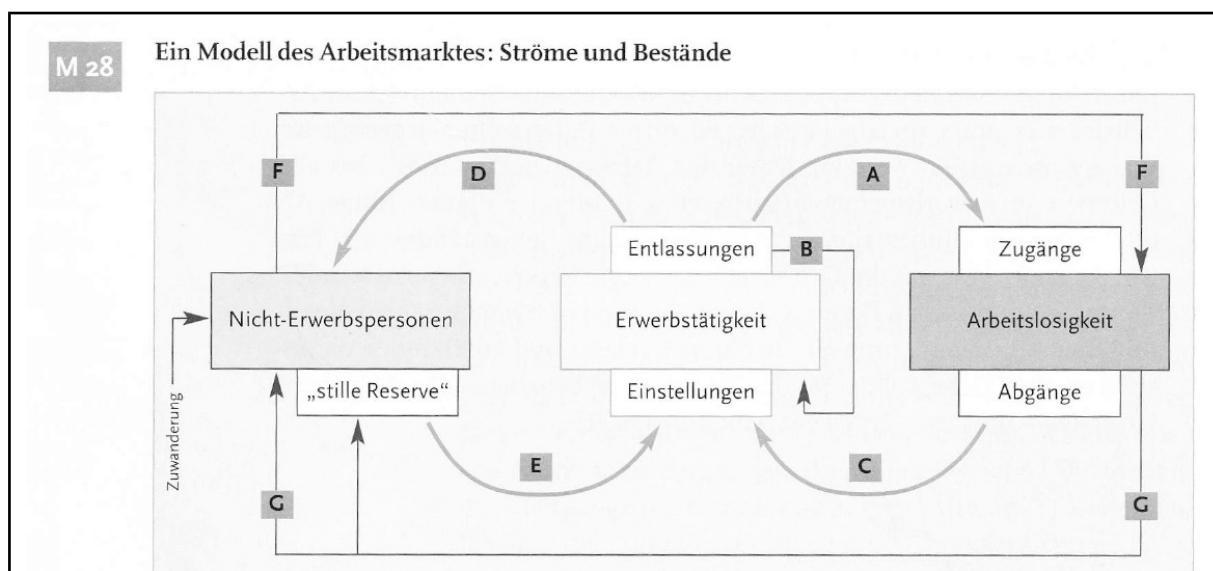
## M 4 Die Kosten der Arbeitslosigkeit 2011



Quelle: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de>

## M 5 Gerhard Willke: Ein Modell des Arbeitsmarkts: Ströme und Bestände

Das Modell Willkes ermöglicht die grafische Darstellung der Strom- und Bestandsgrößen auf dem Arbeitsmarkt. Mit den drei Bestandsgrößen „Nicht-Erwerbstätige“ – „Erwerbstätige“ – „Arbeitslose“ erfasst es die gesamte Gesellschaft.



Quelle: Willke (2003: 64).

## Stromgrößen der Arbeitslosigkeit

„Arbeitslosigkeit ist kein fester Block, vielmehr gibt es unabhängig von der wirtschaftlichen Lage viel Bewegung.“ (Bundesagentur für Arbeit 2012: 15). Willke (2003: 64) vergleicht den Bestand der Arbeitslosen mit einem Stausee, die Zugänge und Abgänge mit einem zufließenden und abfließenden Strom. Fließt z.B. mehr Wasser ab als zufließt, sinkt der Pegel des Stausees – die Arbeitslosigkeit nimmt ab. Im umgekehrten Falle steigt der Pegel, d.h. die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Summe der Stromgrößen des Jahres 2011 (6,2 bzw. 6.5 Mio) betragen gut das Doppelte der Bestandsgröße (2,975 Mio).

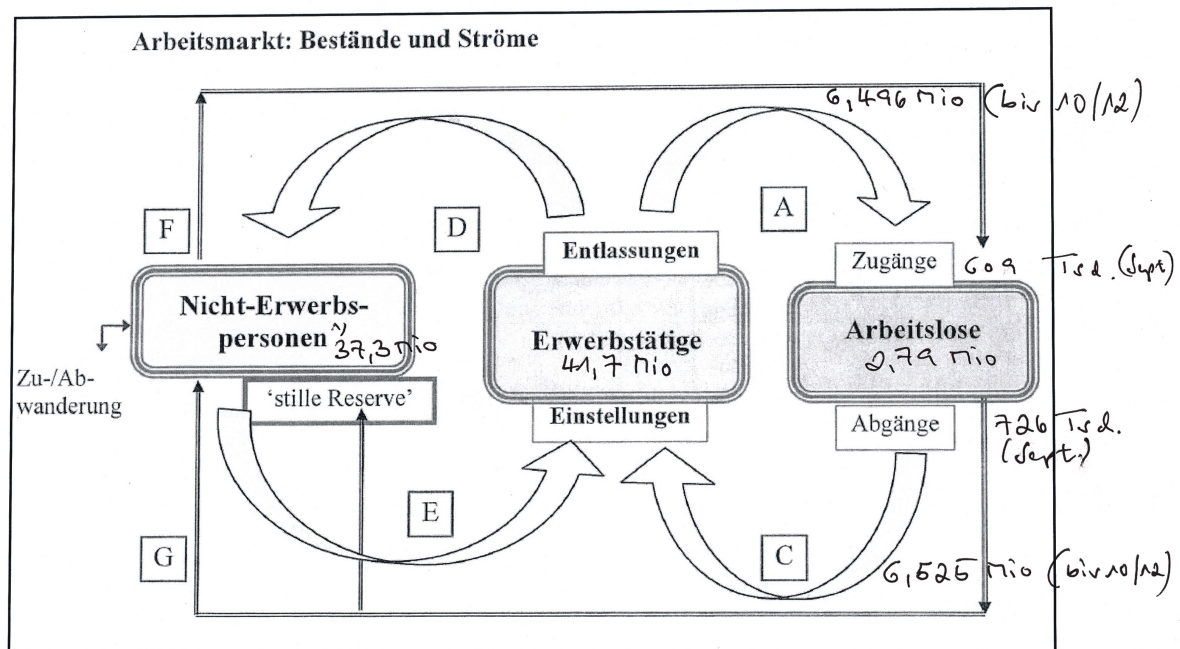
Der Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums, „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“, enthält Daten zu den Zugängen und Abgängen an Arbeitslosen (siehe M 6). Mit den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (M 7 – 8a/b) ist eine differenziertere Analyse möglich, die auf die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit eingeht, indem sie zwischen den Empfängern von Arbeitslosengeld I und II (Hartz IV) unterscheidet.

### Arbeitsauftrag:

1. Analysieren Sie mit Hilfe der Daten von M 6 die Bestands- und Stromgrößen der Arbeitslosigkeit.
2. Recherchieren Sie die Einwohnerzahl in der Bundesrepublik Deutschland und ermitteln Sie die Anzahl der Nicht-Erwerbspersonen.

Erwartete Lösung zur Aufgabe:

Ordne die Daten zu den Bestands- und Stromgrößen der Arbeitslosigkeit (M 6 – M 8b) den Elementen des Arbeitsmarktmodells in M 5 zu.



~ de.statistik.de: Bevölkerung 81,8 Mio (2011)

Weitere Anregungen zur Aufgabenstellung finden sich bei Willke (2003: 64 f.). Mit den Daten aus M 7, 8a/b eine differenzierte Analyse möglich.

## M 6 Bestandsgrößen und Stromgrößen der Arbeitslosigkeit (Juli – September 2012)

Jan September 2012

Ursprungszahlen <sup>6</sup>						
	2011			2012		
	Juli	August	September	Juli	August	September
Erwerbstätige <sup>1</sup>	41 212	41 304	41 524	41 681	41 724	-
Erwerbslose <sup>2</sup>	2 549	2 524	2 250	2 448	2 310	-
Erwerbslosenquote in % <sup>2,3</sup>	6,1	6,0	5,3	5,8	5,4	-
Arbeitslose <sup>4</sup>	2 939	2 945	2 796	2 876	2 905	2 788
Arbeitslosenquote in % <sup>3,4</sup>	7,0	7,0	6,6	6,8	6,8	6,5
Zugänge an Arbeitslosen <sup>4</sup>	687	748	636	651	705	609
Abgänge an Arbeitslosen <sup>4</sup>	641	742	785	584	676	726
Kurzarbeiter <sup>4</sup>	81	71	76	-	-	-
Gemeldete Arbeitsstellen	492	497	502	500	493	485

	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2012					
	Juli	August	September	Juli	August	September
Erwerbstätige <sup>1</sup>	- 14	+ 43	-	+ 469	+ 420	-
Erwerbslose <sup>2</sup>	+ 226	- 138	-	- 101	- 214	-
Arbeitslose <sup>4</sup>	+ 67	+ 29	- 117	- 63	- 40	- 7
Kurzarbeiter <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	-
Gemeldete Arbeitsstellen	+ 1	- 6	- 9	+ 8	- 4	- 17

Ursprungszahlen sind nicht saisonbereinigt; nur mit diesen Werten bietet die Quelle die Stromgrößen der Arbeitslosigkeit.

1 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen

2 Nationale Abgrenzung

4 In 1.000 Personen, Quoten in %.

Aus: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsbericht November 2012 (PDF-Fassung), Berlin 2012, S. 64.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

Die Fortschreibung und Aktualisierung der Daten ist nach dieser Quelle möglich.

## **M 7 Eckwerte des Arbeitsmarkts (Bestandsgrößen; Oktober 2012)**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Oktober 2012, S. 48, Tab. 1.1.

<http://statistik.arbeitsagentur.de>

Die Fortschreibung und Aktualisierung der Daten ist nach dieser Quelle möglich.

## **M 8a Zugang in Arbeitslosigkeit (Stromgrößen – Oktober 2012)**

## **M 8b Abgang aus Arbeitslosigkeit (Stromgrößen – Oktober 2012)**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Oktober 2012, S.61,63, Tab. 5.7, 5.9.

<http://statistik.arbeitsagentur.de>

Die Fortschreibung und Aktualisierung der Daten ist nach dieser Quelle möglich.

## **M 9 Der wirtschaftspolitische Handlungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft**

Freiheit Wettbewerb, Anreize	Soziale Sicherheit Soziale Gerechtigkeit
Unternehmerische Vertrags- und Entscheidungsfreiheit (Art. 2 I, 14 I GG)	Sozialstaatsgebot (Art. 20 I, 14 II GG)
<b>Ausschlussrechte</b>	<b>Interventionsgebote</b>
Ordnungspolitik (Kern: Wettbewerbspolitik) z.B. GWB, ergänzend AEUV (weitgehend Konsens)	Prozesspolitik (Korrektur bei Marktversagen) z.B. StWG (in der Ausgestaltung umstritten)
„Sieben Konstituierende Prinzipien der Wettbewerbsordnung“	

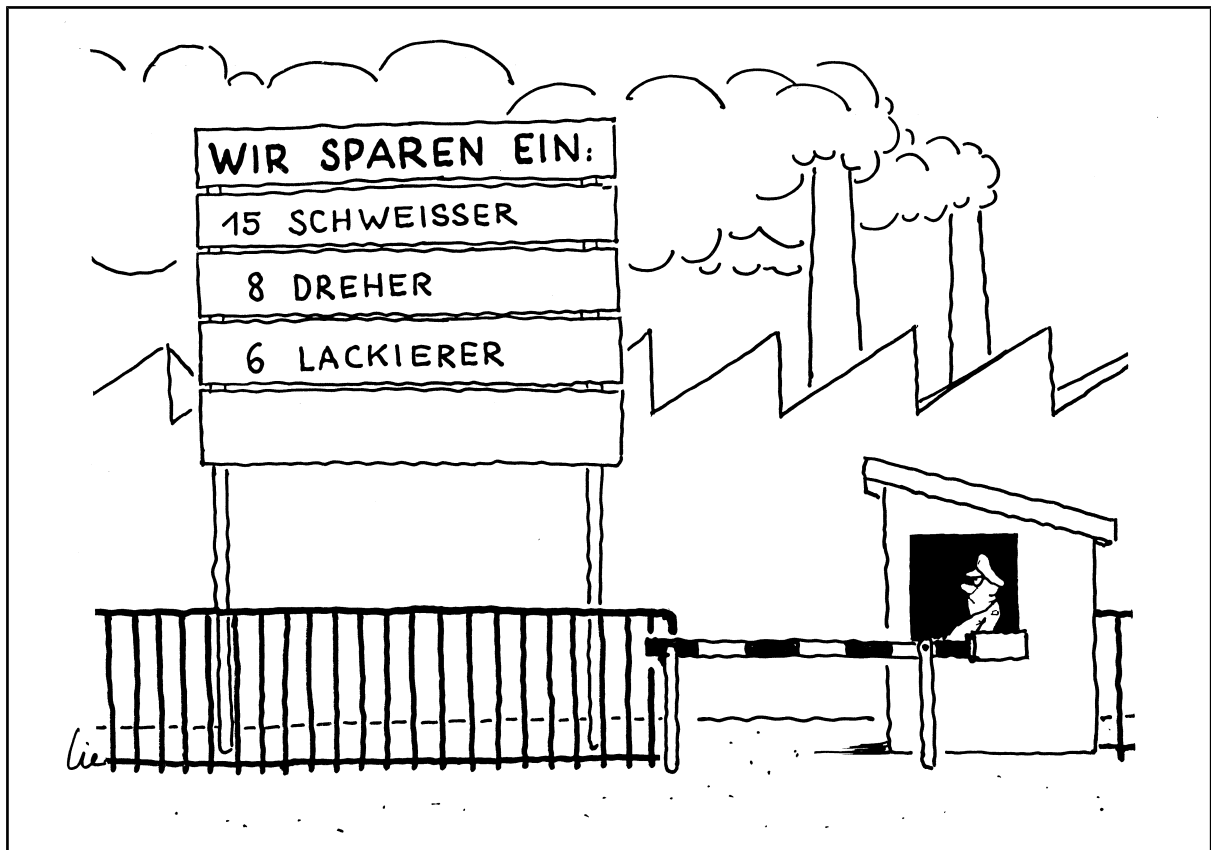
Autor: Peter Krapf

Zu Erarbeitung vgl. Bauer u.a. (2008 Kap. 1; *hier*: S. 11; 2011 Kap. 2; *hier*: S. 49 f.), Eucken (1990: 254 ff.)



**M 10 Karikatur: Die Zugangsseite der Arbeitslosigkeit**



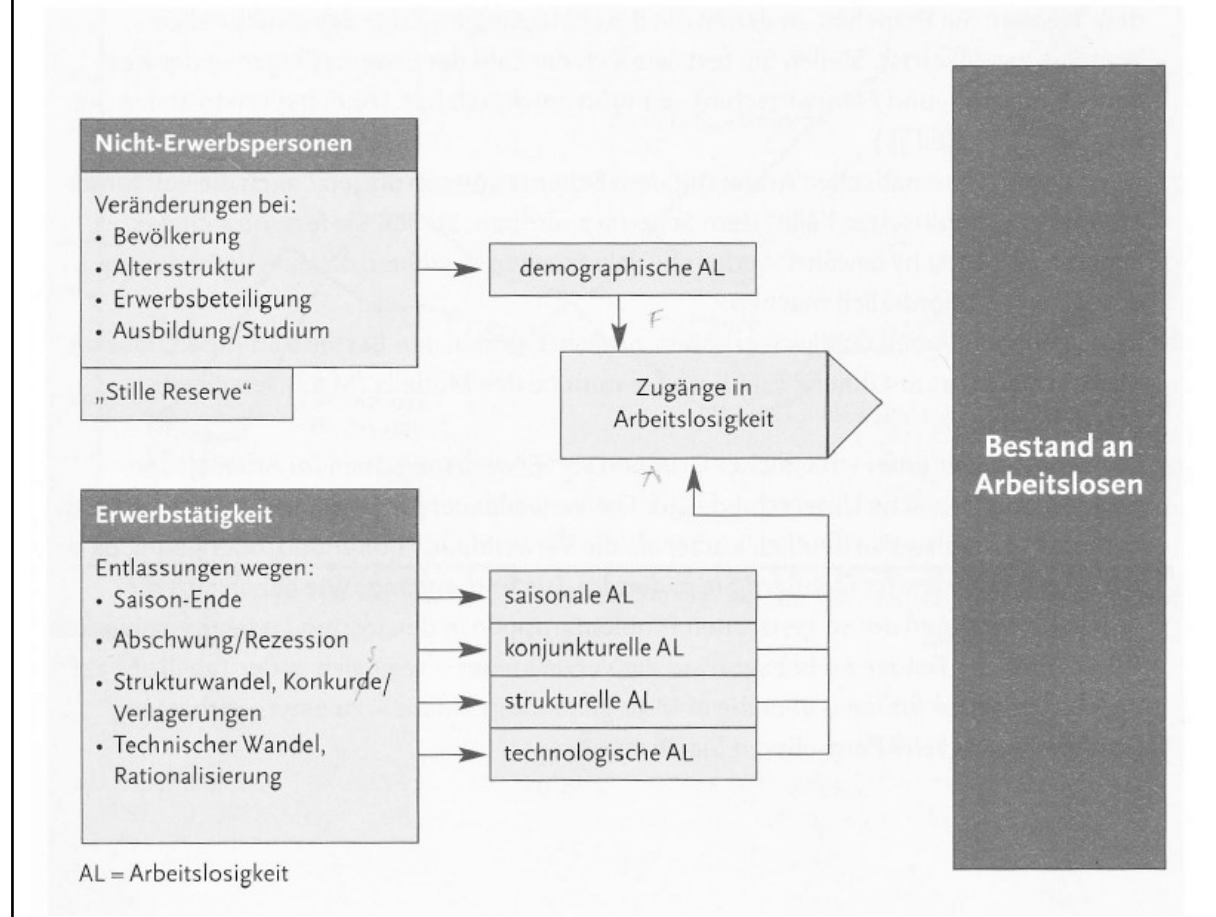


*Karikatur von Erik Liebermann*

*Die schwarz-weiß-Version erschien am 28. September 1984 in der Frankfurter Rundschau.*

## M 11 Analyse: Die Zugangsseite der Arbeitslosigkeit

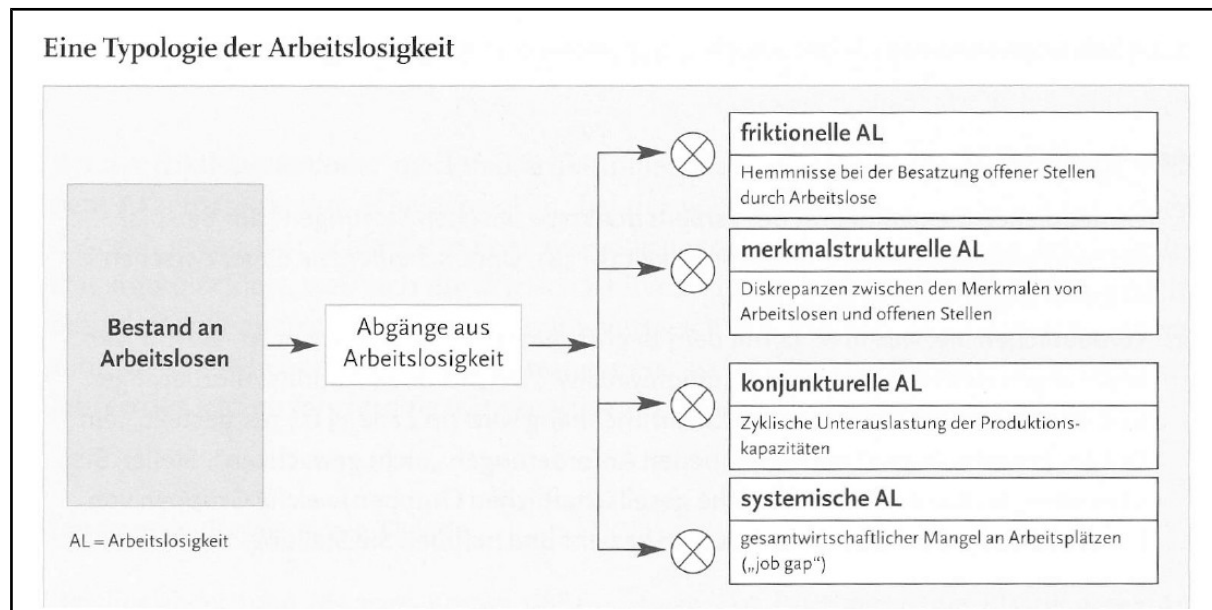
### Nahaufnahme (1): Die zugangsseitige Klassifikation der Arbeitslosigkeit



Quelle: Willke (2003: 65).



## M 12 Analyse: Die Abgangsseite der Arbeitslosigkeit



Quelle: Willke (2003: 69).

## M 13/14 Ein Entscheidungsbaum als Hilfsmittel der Möglichkeitserörterung

### M 13 Entscheidungsbaum:

Kann die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen?

NEIN		JA
<p>Die EU-Kommission wacht über die Einhaltung der Wettbewerbsregeln im EU-Binnenmarkt.</p> <p>Die EZB, nicht die Bundesbank und schon gar nicht die Bundesregierung wacht über die Stabilität des Preisniveaus.</p> <p>Der EU-Binnenmarkt funktioniert wie eine große Volkswirtschaft. Kein Mitgliedsstaat kann ihn steuern oder kontrollieren.</p> <p>Im GG ist die Schuldenbremse verankert, sogar in der Mehrzahl der EU-Staaten gibt es eine entsprechende Vereinbarung (Fiskalpakt).</p> <p>Der Löwenanteil der deutschen Exporte geht in die EU-Länder.</p> <p>Wachstumspolitik ist daher heute eine europäische Aufgabe.</p>		<p>Die Regierungen der Mitgliedsstaaten haben weit reichenden Einfluss – bis zum Vetorecht – auf Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene.</p> <p>Die Binnennachfrage (Konsum, Staat) macht knapp 80% der Gesamtnachfrage in der Volkswirtschaft aus.</p> <p>Steuer- und Finanzpolitik sind wichtige Politikbereiche, um die Wirtschaft zu beeinflussen; sie stehen unter nationaler Hoheit.</p> <p>Regionale und sektorale Strukturpolitik wird auf allen Ebenen praktiziert, von der EU bis zur Kommune.</p> <p>Der öffentliche Dienst zählt zu den wichtigsten Arbeitgebern.</p>

→ <input type="checkbox"/> e zu M 20 -23.	→ Weiter mit dem Entscheidungsbaum in M 14.
---	---

Autor: Peter Krapf

## M 14 Entscheidungsbaum: Was kann/soll die Wirtschaftspolitik gegen Arbeitslosigkeit tun?

### Entscheidungsbaum

#### Was kann/soll die Wirtschaftspolitik gegen Arbeitslosigkeit tun?

Frage 1: Soll der Staat zu diesem Zweck überhaupt in die Wirtschaft eingreifen?

NEIN:

- der Markt ist stabil
- der Staat stört nur
- Arbeitslosigkeit muss vom Markt bzw. von den Tarifvertragsparteien beseitigt werden

→ gehe zu »Ende«

JA:

- der Markt ist instabil
- hohe Arbeitslosigkeit kann politisch nicht hingenommen werden
- mit Wirtschaftspolitik kann Arbeitslosigkeit bekämpft und gesenkt werden

→ gehe zu Frage 2

Frage 2: Soll der Staat die konjunkturelle Arbeitslosigkeit bekämpfen?

NEIN:

- der Fokus der Politik sollte auf der Bekämpfung der systemischen Arbeitslosigkeit liegen
- Konjunkturpolitik schadet mehr als sie nützt

→ gehe zu Frage 4

JA:

- die konjunkturelle Komponente der Arbeitslosigkeit fällt ins Gewicht
- Angebotspolitik sollt im Notfall (Rezession) ergänzt werden durch keynesianische Nachfragepolitik

→ gehe zu Frage 3

Frage 3: Soll die Regierung keynesianische (antizyklische) Konjunkturpolitik betreiben?

NEIN:

- führt zur Inflation
- erhöht die Staatsverschuldung
- überfordert den Staat
- senkt die Arbeitslosigkeit nicht, sondern erhöht sie mittelfristig

→ gehe zu Fazit 1

JA:

- erhöht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit die Produktion
- stärkt Masseneinkommen und Kaufkraft
- verstetigt die Konjunktur
- verringert die Arbeitslosigkeit

→ gehe zu Fazit 2

**Fazit 1:** Wenn der Staat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in die Wirtschaft eingreifen soll, eine keynesianische (antizyklische) Konjunktur- und Nachfragepolitik aber abgelehnt wird, dann steht alternativ die Option »Angebotspolitik« zur Verfügung. Diese zielt auf Förderung der privaten Investitionen und damit auf Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze. → gehe zu Frage 4.

**Fazit 2:** Zur Bekämpfung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit betreibt der Staat keynesianische Beschäftigungspolitik. Zusätzlich steht ihm aber auch noch die Option offen, die systemische Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, – z. B. durch »Angebotspolitik«. Nachfragepolitik ist auf eine höhere Auslastung *vorhandener* Produk-

tionskapazitäten ausgerichtet, Angebotspolitik auf Investitionen, um *zusätzliche* Produktionskapazitäten zu schaffen. → gehe zu Frage 4.

**Frage 4: Soll der Staat Angebotspolitik zur Bekämpfung der systemischen Arbeitslosigkeit betreiben?**

NEIN:

- mehr Wachstum ist ökologisch (bei uns) nicht vertretbar
- mehr Wachstum führt nicht zu mehr Beschäftigung
- Verbesserung der Angebotsbedingungen heißt: Besserstellung der Investoren, also der Reichen
- Angebotspolitik ist sozial ungerecht und verschärft die Spaltung zwischen Arm und Reich

→ Weiter mit M 15 - 17  
171616

JA:

- unser Hauptproblem ist die wirtschaftliche Stagnation
- Beschäftigung hängt von Investitionen und Wachstum ab
- es mangelt an Investitionen, weil die Angebotsbedingungen für Investoren unattraktiv sind
- Angebotspolitik wirkt: sie ist »sozial«, weil sie zu mehr Beschäftigung führt

Ende → Weiter mit M 18/19

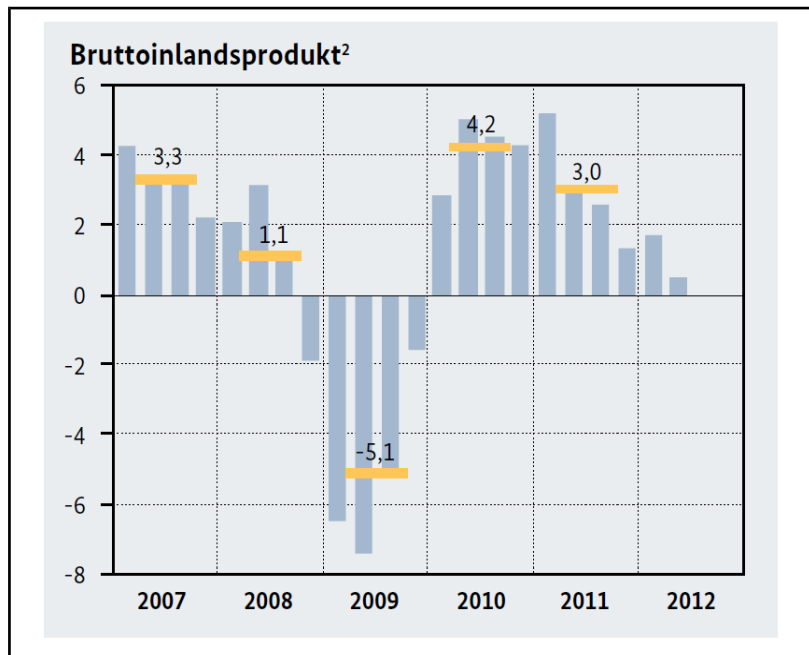
**Frage 5: Soll der Staat konservierende sektorale Strukturpolitik betreiben, um Beschäftigung zu fördern und zu sichern?<sup>2</sup>**

NEIN		JA
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Subventionen sind ein „süßes Gift“ (Fehlanreiz);</li> <li>– Nur im Wettbewerb zeigt sich, welche Arbeitsplätze rentabel und sicher sind (Beispiel Textilindustrie);</li> <li>– Konservierende Strukturpolitik blockiert notwendige Strukturanpassungen, die vom globalen Wettbewerb erzwungen werden.</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>– Konservierende sektorale Strukturpolitik bewahrt Regionen mit Monostrukturen (Bergbau, Werften) vor der Deindustrialisierung und Verelendung;</li> <li>– Anpassungsprozesse im globalen Wettbewerb werden nicht blockiert, sondern zeitlich gestreckt;</li> <li>– Subventionen können befristet und degressiv ausgestaltet werden (z.B. Kohleförderung).</li> <li>– Unternehmensgründer sind auf Hilfen (verlorene Zuschüsse) angewiesen, um das Handicap der Unterkapitalisierung zu überwinden.</li> <li>– Der öffentliche Dienst zählt zu den wichtigsten Arbeitgebern.</li> </ul>
→ ...		→ ...

Quelle: Willke (2006: 52 f.); Frage 5: Peter Krapf

<sup>2</sup> Frage 5 Ermöglicht die Integration der Struktur- und Wachstumspolitik im Sinne des Bündelungsansatzes.

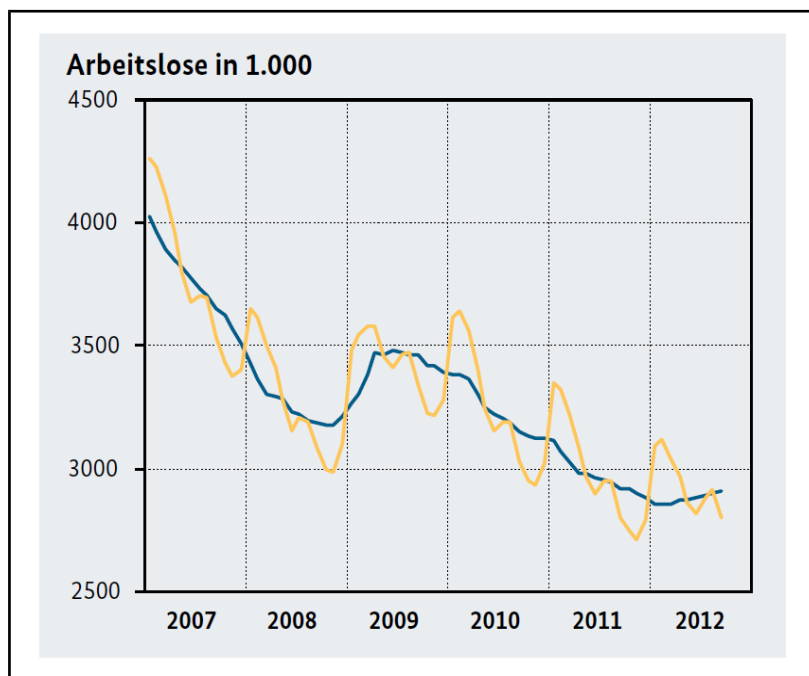
## M 15 Reales Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosigkeit im Vergleich (2007 – 2012)



<sup>2</sup> Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Gelbe Linie: Kettenindex (rechte Skala), 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte. Blaue Balken: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (linke Skala).



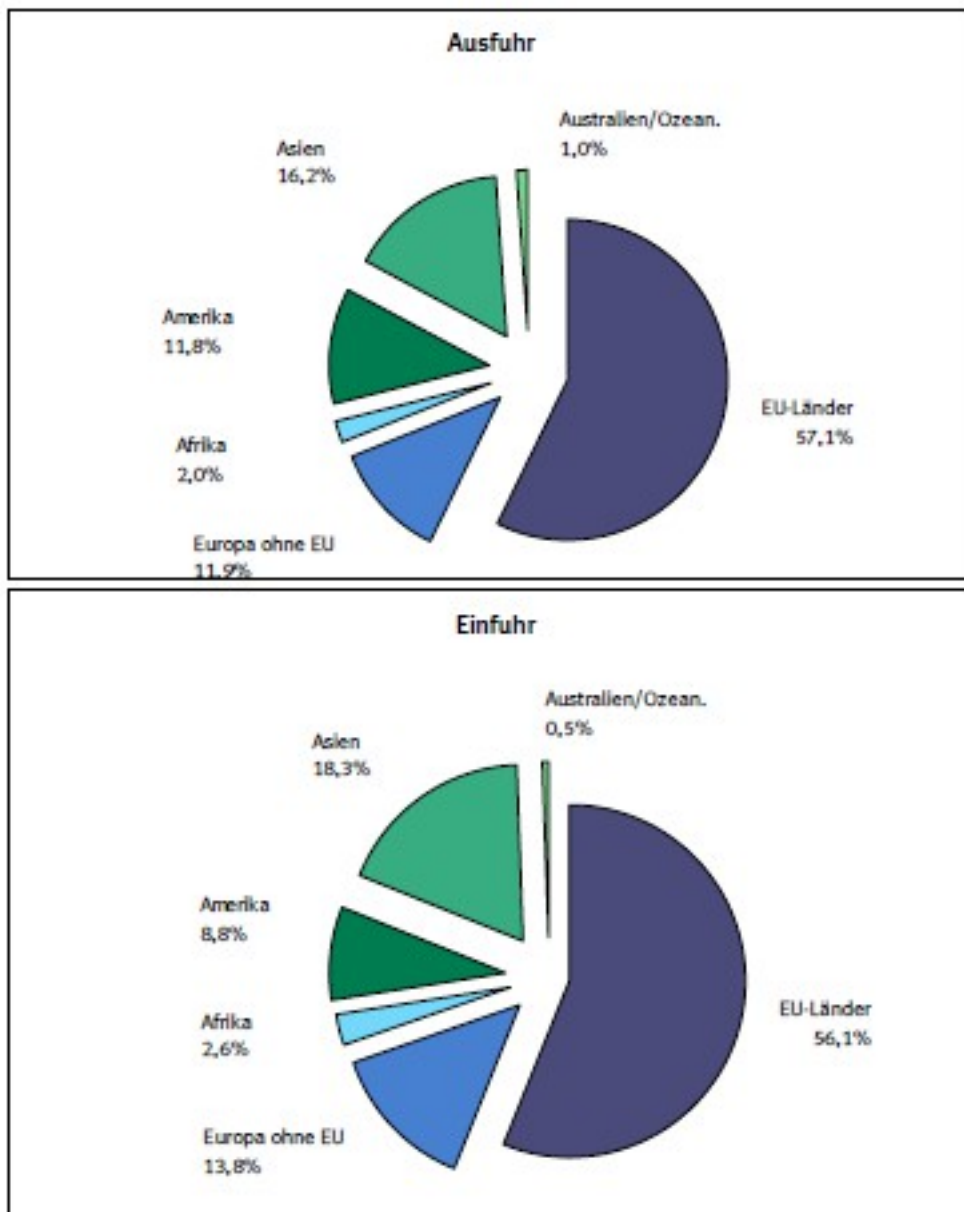
Gelbe Linie: Ursprungswerte; schwarze Linie: Saisonbereinigte Werte.

Aus: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsbericht Oktober 2012 (PDF-Fassung), Berlin 2012, S. 45, 65.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

Die Fortschreibung und Aktualisierung der Daten ist nach dieser Quelle möglich.

## M 16 Der Struktur des deutschen Außenhandels



Quelle: Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel. Fachserie 7, Reihe 1. Wiesbaden, November 2012, S. 33.  
[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## M 17 Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Verwendung des Inlandsprodukts	Mrd €, in jew. Preisen	%
Private Konsumausgaben	1.391,60	58,61
Konsumausgaben des Staates	475,30	20,02
Ausrüstungen	154,90	6,52
Bauten	226,90	9,56
Sonstige Anlagen	26,90	1,13
Vorratsveränderungen	-17,90	-0,75
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>2.257,60</b>	<b>95,08</b>
Außenbeitrag	116,90	4,92
Exporte	1.006,50	
Importe	889,60	
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2.374,50</b>	

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Sept. 2012 Tab. X.1, S. 61\* und Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen (%-Werte).

## M 18 Bestimmungsgründe der robusten Beschäftigungsdynamik

Warum steht der deutsche Arbeitsmarkt im Hinblick auf die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit heute so viel besser da als vor der Krise? Zwei Aspekte verdienen besondere Beachtung, nämlich zum einen der vergleichsweise robuste Verlauf dieser beiden zentralen Größen des Arbeitsmarktgeschehens im Krisenjahr 2009 und zum anderen deren nahezu stetige Aufwärtsentwicklung seit etwa Mitte des vergangenen Jahrzehnts. Anpassung im Krisenjahr.

Der scharfe Einbruch des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 5,1 vH im Jahr 2009 hätte früheren Erfahrungen zufolge eigentlich eine beträchtliche Entlassungswelle auslösen müssen. Warum es dazu nicht gekommen ist, lässt sich vornehmlich einer besonders ausgeprägten Hortung von Arbeitskräften zuschreiben. Diese Unternehmensstrategie wurde maßgeblich unterstützt durch ein besonnenes Verhalten der Tarifvertragsparteien und eine Konzessionsbereitschaft auf der betrieblichen Ebene sowie durch eine kräftige Hilfestellung seitens der Wirtschaftspolitik, namentlich in Form der Ausweitung der gesetzlichen Regelungen zur Kurzarbeit.

Die Anpassung an die schwere Rezession vollzog sich weniger über Personalfreisetzen, sondern über eine Unterauslastung der Beschäftigten, indem die durchschnittliche Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer teilweise drastisch heruntergefahren wurde. Dieses Reaktionsmuster ist zwar grundsätzlich typisch für die Arbeitsnachfrage in Deutschland, im Gegensatz etwa zu den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten, wo eher eine Politik von Entlassungen und (Wieder-)Einstellungen verfolgt wird. Allerdings überrascht die Intensität, mit der diese Hortung durch Arbeitszeitreduktion hierzulande betrieben wurde. 460. Konkret haben sich die Unternehmen folgender Anpassungsinstrumente bedient (...):

- Hauptsächlich wurde die Arbeitszeit reduziert, sei es zu Lasten von Guthaben auf Arbeitszeitkonten oder in Form des Abbaus von Überstunden, sei es durch eine Verringerung der tariflichen oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit, gegebenenfalls auf der Basis von entsprechenden Öffnungsklauseln in Tarifverträgen.
- Die zweite Komponente bestand in einer Inanspruchnahme der gesetzlichen Kurzarbeiterregelungen, welche die Bundesregierung seinerzeit beträchtlich



ausgeweitet hatte. Kurzarbeit stellt in einer historischen Perspektive allerdings seit jeher ein gebräuchliches Instrument dar. (...)

Der zweite Aspekt der robusten Beschäftigungsdynamik betrifft die stetige, fast trendmäßige Aufwärtsentwicklung der Erwerbstätigkeit im Zeitraum der Jahre 2006 bis zunächst 2011 oder im Gegensatz dazu den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dafür gibt es im Wesentlichen drei Gründe: die günstige internationale Konjunkturentwicklung, eine insgesamt gesehen beschäftigungsfreundliche Tariflohnpolitik und die Wirkung der Arbeitsmarktreformen der Jahre 2003 bis 2005. Diese drei Bestimmungsfaktoren und ihr Zusammenwirken haben maßgeblich die robuste Beschäftigungsdynamik unterstützt und aufrechterhalten. (...)

Die Arbeitsmarktreformen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts stellen schließlich einen weiteren wichtigen Bestimmungsgrund der robusten Beschäftigungsdynamik ab dem Jahr 2006 dar (...).

Insbesondere die Einführung des Arbeitslosengelds II legte bei der Zielrichtung der Arbeitsmarktpolitik, dem Fordern und Fördern, ein größeres Gewicht auf das Fordern. Von den Arbeitslosen wurde eine intensivere Suche nach einem Arbeitsplatz erwartet sowie eine höhere Konzessionsbereitschaft bei der Akzeptanz von Arbeitsplatzangeboten, selbst wenn diese nicht unbedingt den Präferenzen der Arbeitslosen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Arbeitsentgelte, entsprachen.

Damit einher gingen eine höhere Beschäftigung im Niedriglohnbereich und eine weitere Spreizung der qualifikatorischen Lohnstruktur. Die geäußerte Kritik an dieser Entwicklung übersieht vielfach die Vorteile. Gering qualifizierte Arbeitnehmer verfügen über eine vergleichsweise niedrige Produktivität, sodass sich Arbeitsplätze nur bei entsprechend geringen Lohnkosten rechnen. Die daraus resultierende Entlohnung mag zwar nicht zum Lebensunterhalt reichen. Gleichwohl ist es allemal besser, diese Arbeitslosen ebenfalls in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und ihre Arbeitsentgelte mit Hilfe des Arbeitslosengelds II aufzustocken, als dieser Alternative mit Hilfe überzogener Anforderungen an diese Arbeitsplätze einen Riegel vorzuschieben und den gering qualifizierten Arbeitslosen damit Beschäftigungschancen zu verwehren. Ein Vollzeitarbeitsplatz mit einer Entlohnung, die es erlaubt, „von seiner Hände Arbeit zu leben“, ist selbstverständlich vorzuziehen, aber diese Alternative stellt sich für viele gering qualifizierte Arbeitslose leider nicht.

*Quelle: (Sachverständigenrat 2011: 276 - 280)*

**M 19 Bundeskanzler Gerhard Schröder:  
Rede vor dem World Economic Forum in Davos, 28.01.2005**

„Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. (...)"

Die Passage der Rede, in der Schröder auf die positiven Wirkungen der Hartz-Gesetze zu sprechen kommt, ist unter der angegebenen Quelle abrufbar.

Quelle: [www.gewerkschaft-von-unten.de/Rede\\_Davos.pdf](http://www.gewerkschaft-von-unten.de/Rede_Davos.pdf)

## **M 20 - 23**

### **Sparen in der Euro-Zone: – der Weg zum Wachstum und Beschäftigung?**

#### **M 20 Angela Merkel: Vorrang für den Abbau der Staatsverschuldung und Strukturreformen**

Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Pressekonferenz vom 17.09.2012:

Ich bin der tiefen Überzeugung, dass wir unsere Probleme – die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, die Frage, wohin wir unsere Waren exportieren können; daraus entstehen ja dann die Arbeitsplätze – nur politisch lösen können. Das ist offensichtlich auch die Motivation der Europäischen Zentralbank, die gesagt hat: Wir agieren geldpolitisch nur, wenn gleichzeitig die Reformanstrengungen in den einzelnen Ländern nicht zum Erliegen kommen, wenn sie nicht nachlassen. Dieses Nicht-Nachlassen von Reformen halte ich für absolut wichtig. (...)

Wenn man weniger Schulden macht, dann hat man natürlich eine Phase, in der man bestimmte negative Wachstumsimpulse oder Schrumpfungen hat, gerade wenn man auch im öffentlichen Bereich Strukturreformen durchführt. Gleichzeitig muss man aber eine Politik machen, die wieder auf Wachstum ausgerichtet ist. Dieses in einer Zeit zu machen, in der wir wenige Spielräume haben, führt eigentlich dazu, dass wir vor allen Dingen Strukturreformen machen müssen, weil diese Strukturreformen kein Geld kosten, aber trotzdem wirtschaftliche Potenziale freilegen.

Deutschland ist Stabilitätsanker. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Wir konnten die Jugendarbeitslosigkeit mehr als halbieren. Wir haben einen Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit. All das zeigt: Reformen zahlen sich nach einigen Jahren aus. Es zeigt aber auch: Wir müssen immer wieder diesen Pfad gehen. (...)

*Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 17.09.2012*  
*<http://www.bundesregierung.de>*



## **M 21 Bundeswirtschaftsministerium: Fiskaldisziplin stärkt das Wirtschaftswachstum**

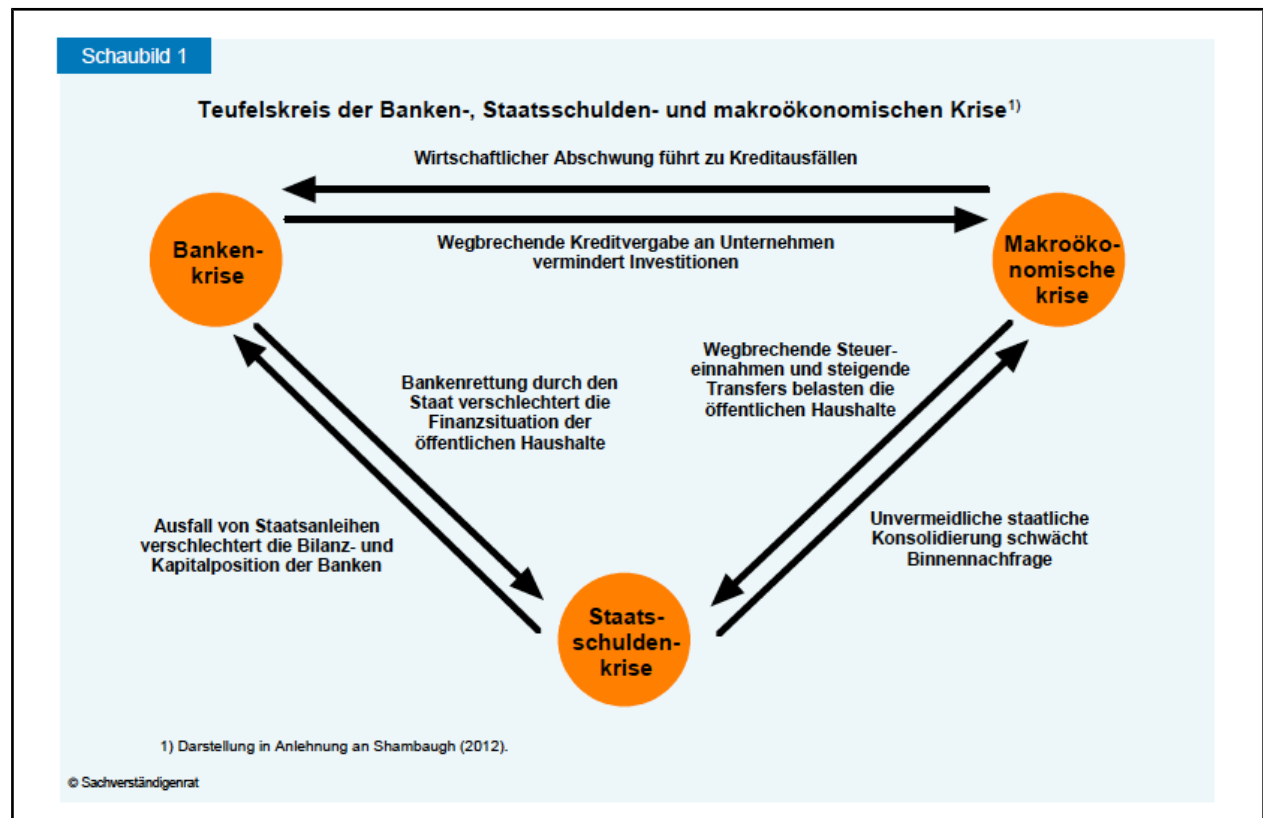
Auch für die positiven Wirkungen strikter Fiskaldisziplin gibt es zahlreiche Belege. Als etwa Finnland und Kanada in den 90er Jahren ihre Haushalte konsequent konsolidierten, wurden sie mit anhaltendem Wirtschaftswachstum dafür belohnt. Auch in Deutschland wurden die staatlichen Defizite wachstumsfreundlich verringert. Betrug das Finanzierungsdefizit des Staates im Jahr 2005 noch rund 74 Milliarden Euro, konnte Deutschland im Gesamthaushalt im ersten Halbjahr 2012 sogar einen Überschuss von über acht Milliarden erzielen, bei gleichzeitig respektablem Wachstum. Die Verankerung einer nationalen Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz hat sich dabei als richtiger Schritt erwiesen; die anderen Mitgliedstaaten des Euroraums haben im Rahmen des Fiskalpakts vereinbart, diesem Beispiel zu folgen. Wichtige Anreize für eine solide Haushaltspolitik ergeben sich aber nicht nur durch neue institutionelle Regelungen, sondern vor allem auch durch unterschiedliche, marktgerechte Refinanzierungskosten für Schulden. Die übermäßige Verschuldung in vielen europäischen Ländern macht deutlich, was passiert, wenn Preise verzerrt sind und ihre Signalfunktion nicht erfüllen können – dies bestätigt eindrucksvoll die Forderung eines funktionsfähigen Preissystems als zentralen Grundstein für das Gedankengebäude der ordoliberalen Tradition.

*Auszug aus: Prinzipien leben, Vertrauen und Wachstum stärken. Ordnungspolitik in Zeiten wirtschaftlicher Risiken (Autor: Florian Zinsmeister)*

*Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsbericht November 2012 (PDF-Fassung), Berlin 2012, Seite 16.*

*Zur ordoliberalen Tradition, auf die sich der Autor beruft, vgl. Eucken (1990: 254 ff.): XVI. Kapitel: "Die Politik der Wettbewerbsordnung – Die konstituierenden Prinzipien"*

## M 22 Peter Bofinger: Die Überwindung des „infernalen Dreiecks“



Wenn man die wechselseitige Eskalation von Staatsschuldenkrise, Bankenkrise und makroökonomischer Krise stoppen will, müsste man mit der makroökonomischen Krise beginnen. Ein Ende der Rezession, die Wiedergewinnung von Wirtschaftswachstum, ist die wichtigste Voraussetzung für eine Stabilisierung sowohl der Staatsschulden als auch des Bankensystems. Oder anders formuliert: Je mehr Staaten in die Rezession geraten, desto ungünstiger entwickelt sich die Schuldenstandsquote und desto instabiler wird die Situation der Banken, da mit steigender Arbeitslosigkeit und zunehmenden Unternehmensinsolvenzen immer mehr Kredite notleidend werden.

In einer idealen Welt würde man in Anbetracht der ausgeprägten Rezession in diesen Ländern nach umfangreichen Konjunkturprogrammen rufen. Da dies aktuell nahezu ausgeschlossen ist, wäre schon viel erreicht, wenn die Regierungen darauf verzichten würden, in diesem und im nächsten Jahr noch weitere einschneidende Sparmaßnahmen umzusetzen. Immerhin würden so die Fehler Heinrich Brünnings nicht wiederholt. Kurzfristig kann es dabei zwar zu höheren Defiziten kommen, aber wenn man damit vermeiden könnte, dass Italien und Spanien in eine ähnlich desolate Situation wie Griechenland geraten, wäre viel gewonnen. Das Beispiel Griechenlands zeigt dabei zugleich, dass überzogenes Sparen zu einem besonders starken Anstieg der Schuldenstandsquote führen kann. Das heißt nicht, dass man auf die Konsolidierung grundsätzlich verzichten soll, aber man sollte damit warten, bis die Volkswirtschaften der Peripherieländer wieder Tritt gefasst haben.

Quelle: Bofinger (2012a: 58 f.). Schaubild in: Sachverständigenrat (2012: 1).

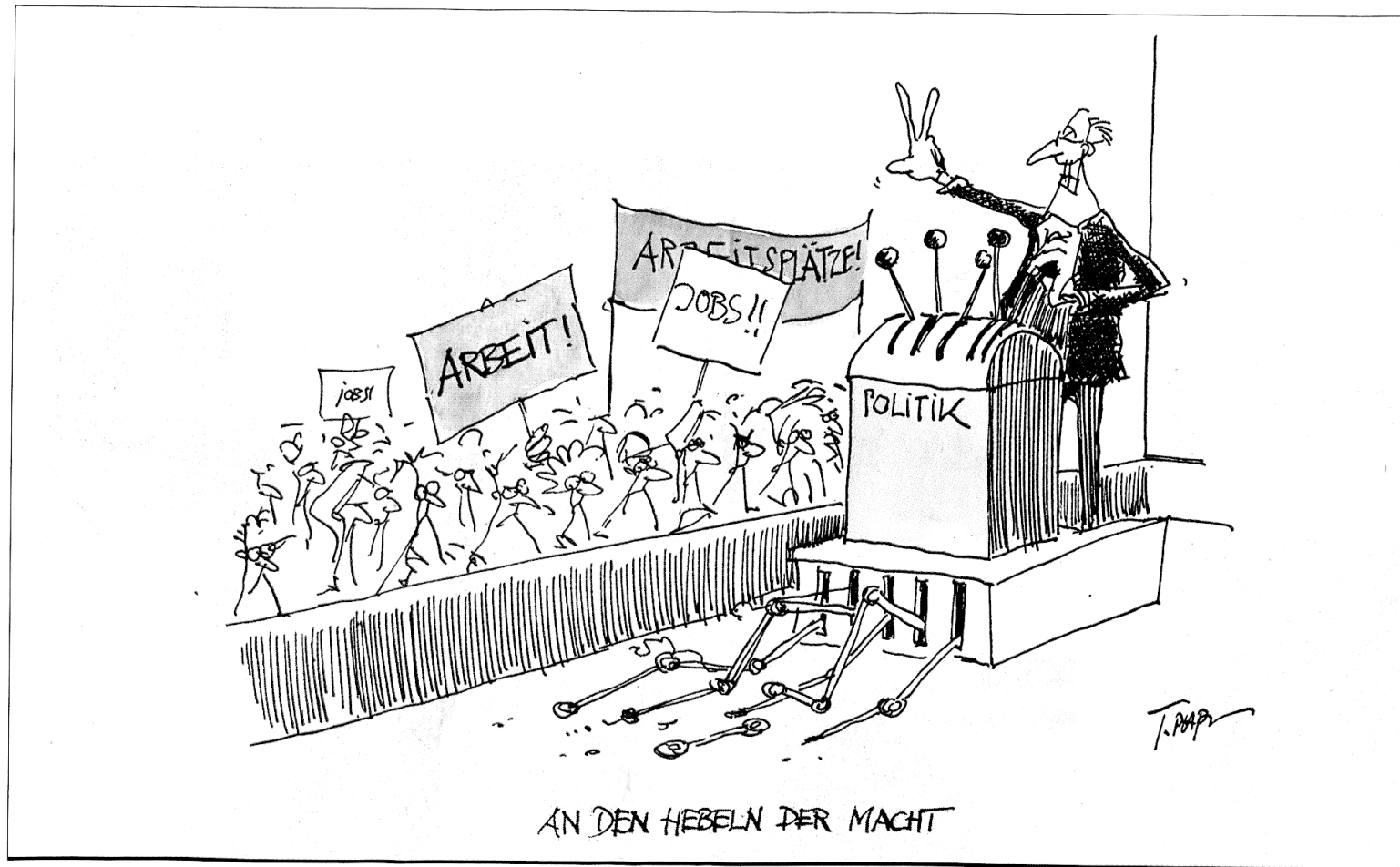
### **M 23 „Die makroökonomische Krise oder: Brüning lässt grüßen“**

Diese makroökonomische Krise ist somit in erster Linie ein Reflex der durch die Staatsschuldenkrise erzwungenen Konsolidierung. Besonders gravierend sind die Auswirkungen in Griechenland, dem die Sparprogramme von außen diktiert wurden. Zum Schaden des Landes wurden die restriktiven Wirkungen der Konsolidierung von der Troika erheblich unterschätzt. So hatten die Experten noch im Juli 2011 damit gerechnet, dass es in Griechenland nach einem vorübergehenden Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 3,9 Prozent bereits 2012 wieder zu einem leichten Wachstum von 0,6 Prozent kommen würde. Tatsächlich brach die Wirtschaft 2011 um 6,9 Prozent ein, für 2012 ist ein weiterer drastischer Rückgang um mindestens 5 Prozent zu erwarten.

Die gravierenden makroökonomischen Auswirkungen der Sparprogramme sind vor allem damit zu erklären, dass an ihnen auch dann noch festgehalten wurde, als längst offensichtlich war, dass das betreffende Land in die Rezession geraten war. Weil es dadurch zu massiven Einnahmeausfällen kam und gleichzeitig Mehrausgaben für die Arbeitslosen erforderlich waren, mussten die Länder sogar noch mehr sparen. Man spricht dabei auch von einer prozyklischen Politik, da sie den Abschwung noch verstärkt. Im Jahr 2012 lässt sich eine solche destabilisierende Ausrichtung der Fiskalpolitik in allen Problemländern beobachten. Es ist dabei schon erstaunlich, dass sich kaum jemand daran stört, wenn damit genau das Gegenteil dessen betrieben wird, was in allen gängigen Lehrbüchern der Makroökonomie gelehrt wird. Und es ist noch erstaunlicher, dass gerade in Deutschland die Gefahren einer prozyklischen Politik so wenig präsent sind. Anfang der 1930er Jahre hatte der damalige Reichskanzler Heinrich Brüning mit genau dieser Politik den ökonomischen und später politischen Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt.

*Quelle: Bofinger (2012a: 53 f.)*

M 24 Karikatur (Thomas Plassmann)



Karikatur von Thomas Pläßmann, erschienen in der Frankfurter Rundschau vom 19.03.2005

## **M 25 Lassen sich Systeme und Akteure in modernen Gesellschaften steuern?**

Inwieweit lässt sich ein System wie die Marktwirtschaft steuern? Lassen sich Akteure in der Marktwirtschaft steuern oder in ihrem Verhalten beeinflussen? Eine Gesellschaft, deren Entwicklungen oder deren Akteure sich jeglicher Steuerung entziehen, gilt als unregierbar.

§ 1 des Stabilitätsgesetzes von 1967 gibt vier Ziele vor – das sog. Magische Viereck. Ganz offensichtlich waren die Politiker von CDU und SPD, die damals in der ersten großen Koalition zusammen regierten, ganz zuversichtlich, dass jene vier Ziele sich auch durchsetzen ließen, denn sonst würde ein solches Gesetz wenig Sinn machen.

Die politische Wissenschaft ist sich da weit weniger sicher. Der Systemtheoretiker Niklas Luhmann z.B. bezweifelte, dass sich moderne Gesellschaften, in denen sich einzelne Bereiche, z.B. die Wirtschaft, das Gesundheits- oder Bildungswesen sich zu Subsystemen entwickelten, die ihren je eigenen Gesetzen gehorchten, überhaupt steuerbar seien.

Andererseits wird von den Regierungen, die von der Mehrheit der Wähler ein Mandat erhalten haben, erwartet dass sie die Probleme der Gesellschaft lösen können, die in bzw. durch solche Subsysteme hervorgerufen werden können, z.B. Arbeitslosigkeit, Klimawandel, Kostenexplosion im Gesundheitswesen, oder die ungleiche Verteilung von Bildungschancen.

In modernen Gesellschaften, schreibt Uwe Schimank, tut sich eine Kluft auf zwischen zunehmenden *Steuerungserfordernissen* und der politischen *Steuerungsfähigkeit*. Das hängt damit zusammen, dass die Probleme, mit denen sich politische Akteure konfrontiert sehen, zunehmend komplexer werden.

Der Politikwissenschaftler Paul Kevenhörster beschreibt diese wachsenden Anforderungen an politische Steuerung indem er zwischen zwei Formen politischer Steuerung unterscheidet, die er als negative und positive Steuerung bezeichnet. Negative Steuerung besteht darin, einen Rahmen zu setzen, in der sich etwas entwickeln kann. Positive Steuerung bedeutet, ein konkretes Ziel umsetzen zu wollen. Die positive Steuerung gewinnt an Gewicht, je mehr sich die Aufgaben und Zuständigkeiten des Staates in einer modernen Gesellschaft erweitern. Inwieweit politische Steuerung gelingt, so Kevenhörster, hängt entscheidend davon ab, ob die politischen Akteure Zugang zu den notwendigen Informationen haben und diese angemessen filtern und verarbeiten können.

*Autor: Peter Krapf*

### **Literatur**

Kevenhörster, Paul: Politikwissenschaft. Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik. 3. Auflage, Wiesbaden 2008; *hier*: S. 365 – 367.

Landwehr, Claudia: Gesundheitspolitik, in: Dieter Nohlen / Florian Grotz (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. Bonn 2011, S. 219 – 221.

Lange, Stefan / Dietmar Braun: Politische Steuerung zwischen System und Akteur: Eine Einführung. Opladen 2000

Nohlen, Dieter / Bernhard Thibaut: Politisches System, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn 1995, S. 610 – 613.

Schimank, Uwe: Einleitung, in: Lange/Braun, a.a.O, S. 11 ff.

## M 26 Was leistet der Bündelungsansatz zur Integration der Bildungsstands?

<b>2.1 Markt und Staat</b> Die Schülerinnen und Schüler können ...		<i>Zuordnung: Bündelungsansatz</i>	<i>Realisiert?</i>		
			<i>Ja</i>	<i>z. T.</i>	<i>Nein</i>
2.1.1	die Dynamik der Marktwirtschaft anhand einzelner Aspekte beschreiben;				
2.1.2	ökologische und gesellschaftliche Folgeprobleme erläutern;				
2.1.3	zu Grundpositionen in der Debatte über die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft Stellung nehmen.				
<b>2.2 Aufgaben der Stabilisierungspolitik</b> Die Schülerinnen und Schüler können ...		<i>Zuordnung: Bündelungsansatz</i>	<i>Realisiert?</i>		
			<i>Ja</i>	<i>Nein</i>	<i>z. T.</i>
2.2.1	Verlauf und aktuellen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung mithilfe ausgewählter Indikatoren darstellen;				
2.2.2	daraus den aktuellen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf ableiten und erklären;				
2.2.3	die Diskussion um die Erweiterung des wirtschaftspolitischen Zielkatalogs (Magisches Viereck) erläutern und dazu Stellung nehmen;				
2.2.4	Aufgabenbereiche der Stabilisierungspolitik (Wachstumspolitik, Konjunkturpolitik, Strukturpolitik) unterscheiden;				
2.2.5	Leistung und Reichweite der Instrumente der Wirtschaftspolitik analysieren und bewerten;				
2.2.6	Zielvorgaben und Zielerfüllung in der Geld- und Fiskalpolitik darstellen.				

<b>2.3 Globalisierung und Strukturwandel</b>		<i>Zuordnung: Bündelungsansatz</i>	<i>Realisiert?</i>		
Die Schülerinnen und Schüler können ...			<i>Ja</i>	<i>Nein</i>	<i>z.T.</i>
2.3.1	anhand von Tabellen beziehungsweise Grafiken Entwicklungen der Weltwirtschaft darstellen;				
2.3.2	in einem Überblick Dimensionen und Erscheinungsformen des Globalisierungsprozesses erläutern;				
2.2.3	Erklärungsansätze für Globalisierung vergleichen und beurteilen;				
2.3.4	die Chancen und Risiken einer zunehmenden Verflechtung und Interdependenz der Weltwirtschaft darstellen und erörtern;				
2.3.5	Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und internationaler Politik erörtern und dabei die Rolle der Nationalstaaten beurteilen.				



## Geldpolitik: Operationalisierung des Standards

### Standard 2.2.6: Die Schülerinnen und Schüler können Zielvorgaben und Zielerfüllung in der Geld- (...) politik darstellen.

Didaktischer Zugriff: **Möglichkeitserörterung** zur Geldpolitik innerhalb des Politikzyklus; Fallanalyse zur aktuellen Wirtschaftspolitik

#### Leitfrage: Was ist möglich? Hier:

Was ist der Auftrag der EZB, welchen Grenzen ist sie unterworfen, und welche Instrumente stehen ihr zur Verfügung?

Materialien:

- Wirtschaft und Politik S. 137 – 145 („Regelstandard“)
- Grundlagen der Volkswirtschaft S. 206 – 215 („Expertenstandard“<sup>3</sup>)
- Zu 2.2: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Statistischer Teil, Kap. VI, Tab. 3; EZB, Monatsbericht, Statistischer Teil Tab. 1.3 (ausführlicher)
- Zu 2.3, 3.1: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 7/2012, Tab. 6, S. 64 ff.

#### 1. Zielvorgaben der Geldpolitik

- 1.1 Die SuS können Gefahren und Ursachen der **Inflation** darstellen und die Bedeutung des Ziels der **Preisstabilität** begründen.
- 1.2 Die SuS können den **Auftrag der EZB**, die Preisstabilität<sup>4</sup> zu gewährleisten, auf der Grundlage des Art. 127 AEUV darstellen.

#### 2. Instrumentarium

- 2.1 Die SuS können den Ansatz der **Geldmengensteuerung**, der die Geldpolitik der EZB bestimmt, darstellen.
- 2.2 Die SuS können das Hauptinstrument der EZB zur Geldmengensteuerung, die **Offenmarktpolitik** über Wertpapierpensionsgeschäfte anhand aktueller Daten erklären.

#### 3. Zielerfüllung

- 3.1 Die SuS können die **aktuelle Inflationsrate** und ihren Entwicklungstrend darstellen und beurteilen<sup>5</sup>.

<sup>3</sup> Dieser „Expertenstandard“ wird hier nicht weiter ausgeführt. Hier ginge es z.B. um einen historischen Rekurs zur Inflationserfahrung 1923/1948 oder die aktuelle Debatte um die Rolle der EZB in der Krise im Euroraum.

<sup>4</sup> Im AEUV (Art. 119, 127) ist von Preisstabilität die Rede. Sinnvoller wäre es freilich wie in § 1StWB das Ziel als Preisniveaustabilität zu definieren (vgl. den Hinweis von G. Willke in Urach 2012).

<sup>5</sup> Was die Daten m.E. nicht hergeben ist eine Aussage zur Wirkung der EZB-Maßnahmen auf die Inflationsrate. Ein solcher Standard 3.2 wäre eigentlich erforderlich, um die Anforderung der „Zielerfüllung“ einzulösen. Inwieweit der „impact“ der EZB-Maßnahmen nachgewiesen ist, vermag ich nicht zu beurteilen.

## **Literatur- und Quellenverzeichnis**

### **Fachliteratur**

AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in: Vertrag von Lissabon. Bonn 2008 (BzpB, Schriftenreihe Bd. 709).

Arbeitslosigkeit. Heftthema in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2010, 29.11.2010. Als PDF verfügbar unter bpb.de.

von Beyme, Klaus (1996): Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne. 3. Auflage, Frankfurt.

Bofinger (2012a): Peter Bofinger: Das infernalische Dreieck. Wie Staatsschuldenkrise, Bankenkrise und Rezession den Euroraum gefährden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2012, S. 53 – 62.

Bofinger (2012b) Zurück zur D-Mark? Deutschland braucht den Euro. München.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsberichte. Berlin.

Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes Wissen von A bis Z. Bonn 2009. (BzpB Schriftenreihe Bd. 1022; seit kurzem vergriffen).

Eucken, Walter (1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen.

Göhler, Gerhard: Neue Perspektiven politischer Steuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2 – 3/2010, 11.01.2010, S. 34 – 40.

Lange, Stefan / Dietmar Braun (2000): Politische Steuerung zwischen System und Akteur. Eine Einführung. Opladen.

Kalb, Jürgen (2010): Renaissance der Konjunkturpolitik? In: Georg Weißenö (Hrsg.): Politik und Wirtschaft unterrichten. Bonn 2006, S.276 – 292.

Le Monde diplomatique (2009): Atlas der Globalisierung. Berlin.

Mussel, Gerhard/Jürgen Pätzold (2012): Grundfragen der Wirtschaftspolitik. 8. Auflage, München (Vahlen).

Politische Führung. Heftthema in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 8/2009, 16.02.2009

Politische Steuerung. Heftthema in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 2-3/2010, 11.01.2010.

Rogge, Benedikt G./Thomas Kieselbach (2010): Alltagszeit in der Arbeitslosigkeit – ein „tragisches Geschenk“? In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin, S. 228 – 237.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012): Nach dem EU-Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen nutzen. Sondergutachten, Wiesbaden 05.07.2012.

Staatsverschuldung. Heftthema in: Politische Bildung 4/2011. Schwalbach/Ts.

Statistisches Bundesamt (2012): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen 2010. Fachserie 1 Reihe 1.2

Wirtschaft heute. Bonn 2009. (BzpB, Schriftenreihe Bd. 1007).

Zinsmeister, Florian (BMWi, Referat Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik): Prinzipien leben, Vertrauen und Wachstum stärken. Ordnungspolitik in Zeiten wirtschaftlicher Risiken, in: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 11/2012, S. 13 – 20. Berlin 2012. PDF unter: <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=518086.html>

## **Fachdidaktik**

Füchter, Andreas (2010): Diagnostik und Förderung im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht. Kassel.

Hedtke, Reinhold / Birgit Weber (Hrsg.; 2008): Wörterbuch Ökonomische Bildung. Schwalbach/Ts.

Petrik, Andreas (2010): Ein politikdidaktisches Kompetenz-Strukturmodell, in: Ingo Juchler (Hrsg.): Kompetenzen in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2010; 143 – 158.

Politikdidaktik (1994): Politikdidaktik kurzgefasst. Planungsfragen für den Unterricht. Bonn. – Eine Neuauflage ist beim Wochenschau-Verlag erschienen.

Reinhardt, Sibylle (2010): Fachdidaktische Prinzipien als Kern der Fachdidaktik „Politik“, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) 4/2010, S. 515 – 525.

Willke (2006): Gerhard Willke: Das politische Element in der Ökonomik, in: Georg Weißenö (Hrsg.): Politik und Wirtschaft unterrichten. Bonn 2006, S. 37 – 60.

## **Schulbücher**

Bauer u.a. (2008): Max Bauer u.a.: Wirtschaft und Politik im Zeitalter der Globalisierung. Bamberg 2008.

Bauer u.a. (2011): Max Bauer u.a.: Grundlagen der Volkswirtschaft. Akteure, Strukturen und Prozesse. Bamberg 2011.

Buchners Kompendium Politik (2008). Politik und Wirtschaft für die Oberstufe. Bamberg.

Lange, Dirk (Hrsg.; 2011): Grundwissen Wirtschaft. Sekundarstufe II. Berlin.

Lüpertz (2009): Viktor Lüpertz: Problemorientierte Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Lehr- und Aufgabenbuch 6. Aufl., Braunschweig 2009.

Willke (2003): Gerhard Willke: Wirtschaftspolitik. Reihe Kursthemen Sozialwissenschaften, Berlin 2003.

## **Links**

<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/>

Internetseite des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Jahresgutachten erscheinen in der ersten Novemberhälfte. Sämtliche Gutachten seit 1964 sind als PDF zugänglich.

<http://www.bmwi.de/>

Über die Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sind die Monatsberichte „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ zu beziehen (als PDF und Broschüre).

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Über die Internetseite des Bundesfinanzministeriums sind die Monatsberichte und die Subventionsberichte (als PDF) zu beziehen.

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte>

Das Portal der Arbeitsagentur zum Datenangebot, u.a. dem monatlich erscheinenden Arbeitsmarktbericht.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Das Statistische Bundesamt bietet ein breit gefächertes Angebot von Daten, u.a. zu Wirtschaft, Bevölkerungsentwicklung und Gesellschaft

<http://www.statistik-bw.de>

Das statistische Landesamt Baden-Württemberg bietet Daten, die bis zur Orts- und Kreisebene reichen. Sehr zu empfehlen: Das Email-Abo der Pressemitteilungen, die laufend über neu erschienene Daten und Berichte informieren, die oft direkt als Arbeitsblätter nutzbar sind.

<http://www.rtfn-watch.org>

„Das Jahrbuch zum Recht auf Nahrung (Right to Food and Nutrition Watch) ist ein jährlich publizierter Bericht, der das Handeln staatlicher Akteure im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung und Ernährung überprüft. Der Report erscheint nun bereits im fünften Jahr. Die Herausgeber des Jahrbuchs sind das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt, die Menschenrechtsorganisation Fian International und die Interchurch Organization for Development Cooperation in den Niederlanden – gemeinsam mit weiteren zwölf zivilgesellschaftlichen Organisationen wie die US Food Sovereignty Alliance und die Habitat International Coalition in Kairo.“ (FR 10.10.2012)

<http://www.monde-diplomatique.de>

Die deutsche Seite von Le Monde Diplomatique ermöglicht u.a. den Zugriff auf zahlreiche Karten zur globalen Wirtschaft und zu Problemen der Globalisierung, die z.T. bereits in einer Ausgabe des Atlas der Globalisierung erschienen sind. Dezidiert globalisierungskritisch.